



Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 05.02.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 11. Februar 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 10-S-00-0001
Wahl des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorstellung des Vorsitzenden des Jugendparlaments
5. Fragestunde

6. 10-F-25-0012

Demografische Anforderungen an die Pflegeberufe

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.01.2010 -

Vorbemerkung:

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung haben.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden als Trägerin kommunaler stationärer Altenhilfe und ambulanter Beratungsdienste steht in der Verantwortung, auf diese demografische Entwicklung Antworten zu geben, um dem sich abzeichnenden Mangel rechtzeitig begegnen zu können.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob in den kommunalen Einrichtungen der Altenpflege derzeit ein Mangel an Fachkräften besteht?
- ob ein Anstieg des Fachkräftemangels in den nächsten Jahren befürchtet wird?
- welche Gegenmaßnahmen ggf. ergriffen wurden?
- welche Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden selbst ausbilden und ob alle Ausbildungsplätze besetzt sind?
- wie hoch der Anteil der Wiedereinsteiger in den Altenpflegeberuf ist?
- wie hoch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Altenpflegeberuf ist?
- ob Umschülerinnen und Umschüler ausgebildet werden?
- ob die Ergebnisse aus der europäischen „NEXT Studie“, die die Gründe für den vorzeitigen Ausstieg aus der Pflege untersuchte, in das Qualitätsmanagement der Pflegeeinrichtung einfließen?
- ob über eine kommunale Ausbildungseinrichtung ein Beitrag zur Altenpflegeausbildung geleistet werden könnte?
- wie viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler bisher die Möglichkeit zur Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege genutzt haben und wie hoch die Abbrecherquote ist?

7. 10-F-01-0018

Konsequenzen aus Planungspleiten

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

dass die jüngsten Planungsfehler in der Stadtentwicklung (Künstlerviertel, DAL) den Eindruck erwecken, dass Planungssicherheit bei Bauvorhaben im Einflussbereich der Stadt nicht gewährleistet ist, bzw. nicht gewährleistet werden kann.

Diese Planungsfehler haben nicht nur einen wirtschaftlichen Schaden für die Stadt, sondern auch und vor allem einen Ansehens- und Vertrauensverlust der Stadt bei Bauwilligen zur Folge.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten, welche Maßnahmen er ergreifen wird, um im Bereich der Stadtentwicklung einen weiteren Imageschaden von der Landeshauptstadt Wiesbaden abzuwenden und verlorenes Vertrauen in die Verlässlichkeit der Stadt und der sie vertretenden Personen wiederherzustellen.

8. 09-F-25-0111

Baumarten dem Klimawandel anpassen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.12.2009 -

Vorbemerkung:

Derzeit tagt in Kopenhagen die UN-Klimakonferenz, deren Ziel es ist, den Ausstoß von Treibhausgasen so weit zu mindern, dass die Zunahme der Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt bleibt. Selbst, wenn dieses Ziel von allen Beteiligten mitgetragen wird, wirken sich die beschlossenen Maßnahmen nicht von heute auf morgen aus. Auch lassen sich derzeit schon eingetretene klimatisch bedingte Veränderungen nicht, oder nur schwer, rückgängig machen.

Mit diesem Wissen, richtete die Landesregierung im Oktober 2008 im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie in Wiesbaden das „Fachzentrum Klimawandel Hessen“ ein. Der Fokus des Fachzentrums liegt auf den vielfältigen gegenwärtigen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels in Hessen. Das frühzeitige Entwickeln von Anpassungsstrategien und -maßnahmen soll drohende Beeinträchtigungen und Schäden begrenzen und gegebenenfalls positive Entwicklungen aufzeigen.

Für die Stadt Frankfurt liegen Untersuchungen des nationalen Wetterdienstes vor, die eine höhere Anzahl von heißen (> 30°C) und tropischen Nächten (>20°C) vorhersagen. Nicht nur Menschen und Tiere sind die Leidtragenden von solchen klimatischen Veränderungen, auch Bäume leiden unter diesen Bedingungen. Sie werden anfälliger für Baumkrankheiten, die sich wiederum aufgrund der schon vorhandenen Erwärmung zunehmend ausbreiten, wie zum Beispiel die Miniermotte und die Massaria-Krankheit. Somit muss zunehmend über den Schutz von bestehenden und über die neu zu pflanzenden Arten nachgedacht werden. Dabei ist eine große Baumartenvielfalt aus ökologischer Sicht sinnvoll.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu berichten, wie schon derzeit im Bereich der Wiesbadener Forstwirtschaft der Klimawandel bei Neupflanzungen berücksichtigt wird.
- Maßnahmen zu ergreifen um die vorhandenen Baumarten so weit wie möglich zu erhalten.

- zukünftig beim Pflanzen von Bäumen solche auszuwählen, die sowohl den Klimaherausforderungen der Zukunft gewachsen, als auch aus ökologischer Sicht von Vorteil sind. Dabei sollen die Belange des Denkmalschutzes für historische Alleen beachtet werden.
- für die Umsetzung ein Konzept zu erarbeiten, das diese Punkte beinhaltet.

9. 10-F-25-0011

Willkommen Fatih!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 01.02.2010 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden und der Istanbul Stadtteil Fatih befinden sich auf dem Weg zu einer erfolgreichen Städtepartnerschaft. Die Stadtverordnetenversammlung hatte im Herbst 2008 beschlossen, die Aufnahme neuer Partnerschaften anzustreben, u.a. in der Türkei und den USA. Eine Partnerschaft mit einer türkischen Stadt hatte der Ausländerbeirat bereits 2006 angeregt. Mittlerweile haben sich auf unterschiedlicher Ebene Beziehungen zu Fatih entwickelt, die durch verschiedene Besuche mit Leben gefüllt und in einem „Letter of Intent“ bekräftigt worden sind.

Dieses Vorgehen steht in Zusammenhang mit der überaus erfolgreichen Integrationspolitik der Landeshauptstadt Wiesbaden und bedeutet einen wichtigen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Vor allem im Bildungsbereich können Synergieeffekte genutzt werden, zur Zeit stehen bereits die Fachhochschule und die Sanatlar-Universität, die European Business School (EBS) und die KOC-University sowie Wiesbadener und Istanbul Schulen in Verbindung. Neben diesen gemeinsamen Interessen ist ein effektiver und umfassender Austausch in den Bereichen Ausbildung, Wissenschaft, Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit sowie kulturelles Erbe möglich.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Anbahnung der Städtepartnerschaft zu berichten, insbesondere

- über Austauschaktivitäten in den Bereichen Schule/Bildung sowie Sport
- ob es Bemühungen aus der Bürgerschaft um die Aufnahme partnerschaftlicher Kontakte gibt
- über den Stand der Vorbereitungen des Gegenbesuchs einer Delegation aus Fatih in Wiesbaden

Es wird um Information und Unterrichtung der Wiesbadener Öffentlichkeit in geeigneter Weise gebeten.

10. 10-F-07-0005

Änderung der Hauptsatzung der LH Wiesbaden vom 01.04.1969 in derzeit gültigen Fassung:
Reduzierung der Zahl der Gemeindevertreter gem. § 38 Hessische Gemeindeordnung
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 19.01.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 01.04.1969 in der derzeit gültigen Fassung wird wie folgt ergänzt:

Nach § 9 "Haushaltswirtschaft" wird als neuer § 10 eingefügt:

§ 10

In Abweichung von § 38 Abs. 1 HGO, wonach auf Grund der Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Wiesbaden die Zahl der Gemeindevertreter festgelegt ist, wird gem. § 38 Abs. 2 HGO mit Wirkung ab der nächsten Wahlzeit die Zahl der Gemeindevertreter auf die nach § 38 Abs. 1 HGO für die nächst niedrigere Größengruppe maßgebliche Zahl festgelegt.

Der bisherige § 10 "Inkrafttreten" wird § 11.

11. 10-F-06-0008

AKW Biblis A und B müssen vom Netz
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 27.01.2010 -

Die Stadtverordnetenfraktion möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden betrachtet die Wiederinbetriebnahme des AKW Biblis B, einen der ältesten und stör anfälligsten Atommeiler der Republik, sowie die geplante weitere Inbetriebnahme von AKW Biblis A als Provokation und begrüßt Erklärungen verschiedener Parteien und Gremien auf Landes - und Bundesebene am so genannten Atomkonsens festzuhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung sieht im weiteren Betrieb des AKW Biblis eine zunehmende Gefahr für die Bevölkerung der Landeshauptstadt Wiesbaden und fordert das AKW Biblis endgültig abzuschalten.

12. 09-F-07-0023

Akteneinsicht zu dem Projekt Dernsche Höfe
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 20.08.2009 -

Berichterstatter: Stadtv. Kessler

ANLAGE

13. 09-F-01-0065

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod - Umbenennung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2009 -

Das Thema „Rudolf-Dietz-Schule“ beschäftigt die städtischen Gremien und die Wiesbadener Öffentlichkeit seit dem Jahre 2003 besonders intensiv. Im Dezember 2004 stellte der damalige Gutachter, Prof. Peter Steinbach, fest, dass man heute keine Schule mehr nach dem Nauroder Heimatdichter und Verfasser von judenfeindlichen Texten, Rudolf Dietz, benennen würde.

Nachdem 2006 eine Magistratskommission zu dem Thema eingerichtet worden war und diese mit der Schule eine Vereinbarung zur Behandlung der Thematik im Unterricht getroffen hatte, präsentierte die Schule im September 2008 ein pädagogisches Konzept, wie die NS-Vergangenheit des Schul-Namensgebers in der vierten Klasse thematisiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich über die Art und Weise der Aufarbeitung der NS-Zeit in der Rudolf-Dietz-Schule erfreut und spricht den Lehrkräften der Schule sowie allen Beteiligten an der Konzeption dieser Aufarbeitung Anerkennung für ihre pädagogische und didaktische Leistung aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich an der Sach- und Faktenlage der Namensgebung der Rudolf-Dietz-Schule nichts geändert hat, wonach der Gutachter Prof. Dr. Peter Steinbach die Ausführungen des Stadtarchivs bestätigt hat, nach denen Rudolf Dietz Mitglied der NSDAP war, dass er antisemitische Gedichte veröffentlicht sowie in seinem Gedicht „Reichslied“ Hitlers Machtübernahme „befürwortet und bejubelt“ habe und deshalb als geistiger Wegbereiter des Nazi-Regimes einzustufen sei. Auf populäre Weise habe er mithilfe gemütlich klingender Mundart daran mitgewirkt, vorhandene antisemitische Vorurteile zu bekräftigen und den später in gigantische Staatsverbrechen einmündenden Rassismus zu verbreiten.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass die Namensgebung einer Schule der Überprüfung ihrer demokratischen Sinnhaftigkeit Stand halten muss, d. h., der Namenspatron einer Schule muss die Eignung haben, im Sinne von Menschenwürde und Toleranz, also im Sinne humanitärer Werte schlechthin für junge Menschen Vorbild zu sein.
4. Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, der Nauroder Grundschule den Namen „Rudolf-Dietz-Schule“ zu entziehen. Ortsbeirat und Schulkonferenz werden gebeten, für die Schule aus ihrer Sicht geeignete neue Namensvorschläge vorzulegen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bittet um einen Bericht, was die vom ehemaligen Oberbürgermeister Hildebrand Diehl angekündigte weitere Aufarbeitung des „Mitläufertums“ während der NS-Zeit hervorgebracht hat.

ANLAGE

14. 09-F-25-0110

Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 -

Um dem Anspruch auf mehr Qualität in der Kinderbetreuung, einer verstärkten Bildungsorientierung sowie den veränderten Arbeitsbedingungen in den Betreuungseinrichtungen Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung zum 1. September 2009 verbesserte Standards festgelegt. Diese sehen kleinere Gruppen und mehr Personal vor, das sich um die Kinder kümmert. Dabei gilt eine Übergangszeit bis Herbst 2012. Gleichzeitig hat die Landesregierung zugesagt, Kommunen und freien Trägern die dadurch entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Die Konkretisierung dieses Erstattungsverfahrens steht noch aus.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Auswirkungen der neugefassten Mindestverordnung des Landes auf die Wiesbadener Kindertageseinrichtungen darzustellen, insbesondere hinsichtlich
 - + der Anzahl zusätzlich einzurichtender Gruppen (differenziert nach Betreuungsform sowie städtischer bzw. nicht-städtischer Trägerschaft)
 - + des zusätzlichen Fachkräftebedarfs
 - + der damit verbundenen Mehraufwendungen
2. über die bisher erfolgten Schritte zur Umsetzung zu berichten, speziell im Hinblick auf die Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals.
3. bei der Landesregierung mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu dringen. Dazu ist das Erstattungsverfahren für die Mehraufwendungen aufgrund der neuen Mindestverordnung umgehend festzulegen. Die Erstattung beginnt mit dem Zeitpunkt, sobald die jeweilige Kommune die neuen Standards erfüllt.

15. 09-F-06-0061

Resolution zur Solidarität mit den Opel-Beschäftigten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.12.2009 -

Angesichts der drohenden Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen bei Opel stellt die Stadtverordnetenversammlung fest:

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde, heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Der von der Unternehmensleitung von General Motors angekündigte Abbau von mehreren Tausend Arbeitsplätzen bei Opel, darunter etwa 2500 Arbeitsplätzen am Standort Rüsselsheim, ist eine massive Verletzung der von den UN verkündeten Menschenrechte.

Die besondere Betroffenheit auch unserer Stadt, in der nicht wenige Opelbeschäftigte wohnen, bestärkt die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen diese Arbeitsplatzvernichtung zu protestieren und ihre Solidarität mit den Opel-Beschäftigten und ihren Familien zu bekunden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister und den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, ihrem Beispiel zu folgen, ihrem Protest gegen die von der GM-Unternehmensführung geplante Arbeitsplatzvernichtung Ausdruck zu verleihen, mit den Opel-Beschäftigten Solidarität zu zeigen und alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, damit diese tausendfache Arbeitsplatzvernichtung verhindert wird.

16. 10-F-07-0001

Finanzielle Unterstützung für das "Bündnis für eine Kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V."
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 11.01.2010 -

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue gehen weiter. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat die KMW lediglich erklärt die Bauarbeiten ruhen lassen zu wollen. Letztendlich ist das Projekt wegen nicht gesicherter Finanzierung auf Eis gelegt. Aus diesen Gründen werden weiterhin finanzielle Mittel für die juristische Arbeit des Bündnisses benötigt.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die LH Wiesbaden unterstützt das "Bündnis für eine Kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V." bei den gerichtlichen Verfahren gegen den Bau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue mit einer Spende von 10.000 Euro.

17. 10-F-01-0019

Rücknahme aller Kürzungen der Schulbudgets
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sämtliche Kürzungen im Bereich der Schulbudgets vollständig rückgängig zu machen:

- Die Reduzierung der Schulbudgets um 12,1% im Vergleich zum Haushaltsansatz 2008 wird sowohl im konsumtiven Bereich (CO), als auch bei den Investitionsmitteln (IM) zurückgenommen.
- Die freiwilligen Leistungen bleiben vollständig erhalten und werden wieder auf das Niveau des Vorjahres zurückgeführt.

Zur Finanzierung werden nicht gebundene Mittel aus dem Bürgerhaushalt herangezogen.

18. 10-F-01-0020

LWV-Haushalt 2010
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Hessische Landesregierung auf, angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Landeshauptstadt, aber auch der anderen Landkreise, Städte und Kommunen, die einseitige Verpflichtung zum Ausgleich des Haushaltes des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) durch die kommunalen Träger und durch eine entsprechende Erhöhung der Verbandsumlage, aufzuheben.

Die Abgeordneten in der Verbandsversammlung des LWV Hessen werden aufgefordert zu beschließen, den im Haushalt 2010 zu erwartenden Mehrbedarf bei der Verbandsumlage von ca. 66 Mio. € als Defizit auszuweisen und dieses im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung und durch ein Konsolidierungskonzept in den nächsten Jahren auszugleichen.

Begründung:

- Die Steuerausfälle der Landeshauptstadt Wiesbaden werden sich in diesem Jahr auf 117 Mio. Euro belaufen, für 2011 sogar auf 136 Mio. Euro. Das Defizit der Landeshauptstadt bewegt sich in den Jahren 2010 wie in 2011 jeweils knapp unterhalb der 100 Millionen-Euro-Grenze. Anderen Kreisen, Städten und Gemeinden in Hessen geht es noch schlechter. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird darüber hinaus weitere gravierende Einnahmeverluste zur Folge haben. So sind die Kommunen unmittelbar mit 15% bei der Einkommenssteuer und mittelbar über den Länderanteil betroffen.
- Das Ausweisen eines Defizits im Haushalt des 2010 des LWV mit vermutlich ca. 66 Mio. €, bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt 1,5 Milliarden €, entspricht dagegen lediglich einer Größe von nur ca. 4,3 %. Aus den Jahresrechnungen der vergangenen Jahre ist ablesbar, dass diese Summe in absehbarer Zeit wieder auszugleichen ist. So konnten in 2007 - 28 Mio. €, in 2008 - 19 Mio. € und in diesem Jahr können voraussichtlich ca. 10 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz eingespart werden.
- Über die Kreisumlage holen sich wiederum die zumeist seit Jahren mit defizitären Haushalten operierenden Landkreise die Mittel von den Städten und Gemeinden, deren Situation ebenfalls mehr als angespannt ist, was sich in 2010 und den Folgejahren noch verstärken wird.
- Das Land zieht sich trotz steigender Kosten weiter aus der Finanzierung des LWV zurück. Für 2010 werden im Rahmen des Finanzausgleichs 13 Mio. € weniger vom Land an den LWV fließen. Auch diese Entwicklung trägt zu dem steigenden Umlagenbedarf bei. Es ist darüber hinaus unverständlich, wenn sich die Landesregierung auf § 20 des Mittelstufengesetzes zurückzieht und auf einen Haushaltsausgleich beim LWV besteht und es den Regierungspräsidenten und Landräten überlässt, die Haushalte zu genehmigen, die längst nicht mehr genehmigungsfähig sind. Ganz abgesehen davon, dass für das Land selbst seit Jahren verfassungswidrige Haushalte die Grundlage seiner Finanzwirtschaft sind.

19. 10-F-03-0002

Den juristischen Weg gegen das KHKW von KMW weiterbeschreiten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung stellt anerkennend fest, dass der Magistrat den Klageweg gegen das geplante KHKW auf der Ingelheimer Aue beschritten hat und somit die berechtigten Sorgen und Befürchtungen vieler Bürgerinnen und Bürger ernst genommen hat. Die Stadt treibt mit hohem, inhaltlichem und finanziellem Input das Verfahren voran. Durch das gut abgestimmte Zusammenwirken der Stadt mit den im Bündnis-Mainz-Wiesbaden e.V. zusammengeschlossenen Gegnern des KMW-Kohlekraftwerkprojektes ist es bis heute gelungen, den Baubeginn für dieses von der Bevölkerungsmehrheit entschieden abgelehnte Vorhaben zu verhindern.

Die Zurücknahme des Antrags auf Sofortvollzug durch die KMW ist zwar ein ermutigender Schritt, leider ist KMW jedoch unverändert entschlossen, das Projekt juristisch abzusichern. Von entscheidender Bedeutung ist und bleibt also die Frage, ob der von der SGD-Süd im Frühjahr 2009 erteilte Immissionsvorbescheid bestehen bleibt. Die Rücknahme der bereits erteilten Teilbaugenehmigung kann nur

unter erheblichem finanziellem und organisatorischem Aufwand vor den Gerichten, wenn nötig bis zur letzten, europäischen Instanz erstritten werden.

Die durch das Bündnis vertretenen Privatklägerinnen und -kläger bringen Rechtspositionen ein, welche die Kommunen selbst nicht einnehmen können, die sich aber im weiteren Verlauf der gerichtlichen Auseinandersetzung als zentral erweisen dürften. Diese Rechtspositionen betreffen gesundheitliche und eigentumsrechtliche Aspekte der Privatklägerinnen und -kläger.

In der Begründung des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz vom 23. November 2009 wird angeführt, dass eine „optisch bedrängende Wirkung auf die Grundstücke von Antragstellern“ durch sichtbare Emissionen des Kraftwerks (Wasserdampf) denkbar ist. Eine abschließende Beurteilung sei erst bei Kenntnis der Örtlichkeit möglich. Weiterhin weist der Richter in dem Urteil darauf hin, dass „die Einwände hinsichtlich der Ausbreitungsberechnung (der Emissionen) nicht von der Hand gewiesen werden könnten“. Eine Verschiebung des Maximums der bodennahen Belastung bei Berücksichtigung der Steilhänge des Taunus sei "zwar nicht nahe liegend, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden". Auch hier seien weitere Erörterungen nötig. Da es sich dabei um mögliche Beeinträchtigungen von Grundstücksbesitzerinnen und -besitzern sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen von Personen handelt, müssen diese Rechtspositionen von den Privatklägerinnen und -klägern selbst eingebracht werden.

Die qualifizierten Rechtsbeistände und Gutachter, die für den erfolgreichen Abschluss des Verfahrens der Privatklägerinnen und -kläger unverzichtbar sind, können nur finanziert werden, wenn eine weitere finanzielle Unterstützung des Bündnisses erfolgt.

Deshalb beteiligt sich Wiesbaden mit einem Beitrag von 10.000 Euro am Klageverfahren des „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden“.

Der Beschluss wird nicht vollzogen, wenn das Projekt seitens KMW beendet wird.

20. 10-F-06-0009

Keine Haushaltskürzungen und kein Personalabbau bei Schulen und Kindertagesstätten!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 03.02.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

An den für die Bereiche Schulen und Kindertagesstätten für die Haushaltsjahre 2010/2011 im Haushaltsplan eingestellten Mitteln werden keine Kürzungen vorgenommen.

Bereits erfolgte Kürzungen bzw. Ankündigungen von Kürzungen werden unverzüglich zurückgenommen.

Bei den im Stellenplan vorgesehenen Personalstellen in den Bereichen Schulen und Kindertagesstätten erfolgen keine Kürzungen oder Wiederbesetzungssperren. Ausfallendes Personal wird unverzüglich durch regulär Beschäftigte ausgeglichen (z.B. durch Springer/innen).

Bewährte so genannte "freiwillige Leistungen" in den Bereichen Schulen und Kindertagesstätten werden - ohne Kürzung der Finanzmittel - weitergeführt.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 09-F-01-0116

Reaktivierung der Aartalbahn
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.12.2009 -

ANLAGE

2. 10-F-25-0010

Vorabfreigabe der Planungsmittel für die Maaß-Schule
-Gemeinsamer dringlicher Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 02.02.2010-

ANLAGE

3. 09-V-01-0018

DL 04/10-1, 02/10-1

Planungen Platz der deutschen Einheit - Entscheidung über die Gründungsproblematik -

4. 10-V-10-0001

DL 04/10-4

Freigabe von Mitteln des Hauptamtes

ANLAGE

5. 09-V-20-0073

DL 01/10-2

Investitionscontrolling 3. Quartal 2009

6. 09-V-20-0080

DL 44/09-1

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

7. 09-V-20-0089

DL 44/09-2

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

8. 09-V-20-0090

DL 44/09-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

9. **10-V-20-0002** **DL 02/10-6**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
10. **09-V-33-0004** **DL 44/09-4**
Starke Stadt für Studis und Azubis
ANLAGE
11. **09-V-33-0005** **DL 44/09-5**
Integrationsbericht 2008
12. **09-V-33-0008** **DL 44/09-6**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben
13. **09-V-36-0026** **DL 44/09-8**
Aktualisierung der Abrisskosten der ehemaligen Gärtnerei Thon im Wellritztal aufgrund unvorhergesehener Asbestvorkommen
Ergänzung zur Vorlage 07-V-80-2346 (Beschluss Nr. 1163 vom 18.12.2007)
14. **09-V-40-0014** **DL 44/09-9**
Neues Konzept für die Jugendverkehrsschule aufgrund des Gebäudeverlustes durch den Neubau der Sporthalle Platz der deutschen Einheit - Grundsatzvorlage
15. **09-V-40-0044** **DL 44/09-10**
Freigabe von Mitteln im Rahmen der Grundschulkinderbetreuung durch Eltern- und Fördervereine
16. **10-V-40-0001** **DL 02/10-7**
Soko 44+ - Sachstandsbericht über die Mittelverwendung
17. **10-V-40-0003** **DL 04/10-5**
GS Bierstadt - brandschutztechnische Altbauertüchtigung - i. V. mit SOKO-SV 09-V-40-0401
ANLAGE

18. **09-V-41-0026** **DL 44/09-11**
Burg Sonnenberg; Sanierung der Nordwand
19. **09-V-41-0027** **DL 44/09-12**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln 2010 Bereich Kultur
20. **09-V-41-0031** **DL 01/10-3**
Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2009
21. **09-V-41-0033** **DL 04/10-2, 03/10-1**
Programm und Finanzierung IMF 2010
22. **09-V-51-0075** **DL 44/09-14**
Geschäftsbericht SGB II - 3. und 4. Quartal 2008
23. **09-V-51-0077** **DL 44/09-15**
Schaffung einer Krippengruppe in der Ev. Kindertagesstätte Naurod durch Umwandlung einer Elementargruppe
24. **09-V-51-0084** **DL 01/10-4**
Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2008
25. **09-V-51-0092** **DL 02/10-2**
Kindertagesstätte Lebenshilfe e. V. / Dachsanierung
ANLAGE
26. **09-V-51-0095** **DL 44/09-16**
Konjunkturprogramm / Kindertagesstätte Hellkundweg - Deckung der Mehrkosten
27. **09-V-52-0023** **DL 44/09-17**
Neubau eines Kunstrasens auf der Sportanlage Klarenthal in Wiesbaden, Geschwister-Scholl-Straße

28. **09-V-66-0106** **DL 01/10-5**
Buswendeschleife in der John-F.-Kennedy-Straße - Einziehung von öffentlichen Verkehrsflächen
29. **09-V-66-0236** **DL 01/10-6**
An der Helling in Mainz-Kastel; Neubau des Radweges - 2. Bauabschnitt
30. **09-V-66-0306** **DL 01/10-7**
Aßmannshäuser Straße; Neubau einer Kreisverkehrsanlage (äußere Erschließung)
31. **09-V-66-0315** **DL 04/10-3**
Fortführung der Neugestaltung der Fußgängerzone
ANLAGE
32. **09-V-66-0318** **DL 02/10-3**
Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden; Mittelfreigabe für 2010
33. **09-V-66-0320** **DL 02/10-4**
Gehwegerneuerungsprogramm in Wiesbaden; Mittelfreigabe für 2010
34. **09-V-66-0321** **DL 44/09-21**
Grundinstandsetzung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden, Mittelfreigabe für 2010
35. **09-V-66-0323** **DL 02/10-5**
Mittelfreigabe für das Gehwegerneuerungsprogramm in AKK 2010
36. **09-V-80-8016** **DL 44/09-22**
Projekt Haushaltsnahe Dienstleistungen ("Alltagsengel"); Überleitung in neue Strukturen mit Projektverlängerung
37. **10-V-80-0001** **DL 02/10-11**
Freigabe von Mitteln des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften

- 38. 10-V-80-8001** **DL 02/10-12**
Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Expo Real in München in den Jahren 2010 und folgende

- 39. 09-V-82-0011** **DL 44/09-23**
Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden

Tagesordnung III

- 1. 09-V-14-0005** **DL 01/10-1**
Revisionsordnung

- 2. 09-V-61-0026** **DL 44/09-18**
Flächennutzungsplanänderung "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Entwurfsbeschluss -

- 3. 09-V-61-0027** **DL 44/09-19**
Bebauungsplan "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes -

- 4. 09-V-61-0028** **DL 44/09-20**
Bebauungsplan "Boelckestraße Bereich nördlich des Otto-Suhr-Rings" im Ortsbezirk Mainz-Kastel
- Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -

- 5. 10-V-61-0002** **DL 04/10-6, 01/10-8**
Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden für den Planbereich
"Friedrich-Bergius-Straße, südlich der Äppelallee" im Ortsbezirk Biebrich
- Änderungsbeschluss -

ANLAGE

- 6. 10-V-61-0003** **DL 04/10-7, 01/10-9**
Bebauungsplanentwurf "Friedrich-Bergius-Straße Bereich südlich Äppelallee" im Ortsbezirk
Biebrich - Beschluss über die Änderung und Aufstellung eines Bebauungsplanes nach BauGB -

ANLAGE

7. **10-V-61-0005** **DL 04/10-8, 02/10-8**

Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden für den Planbereich "Künstlerviertel, westlich der Königsteiner Straße" im Ortsbezirk Rheingauviertel/Hollerborn
- Änderungsbeschluss -

8. **10-V-61-0006** **DL 04/10-9, 02/10-9**

Bebauungsplanentwurf "Künstlerviertel" im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn; - Aufstellungsbeschluss -

9. **10-V-61-0007** **DL 04/10-10, 02/10-10**

Bebauungsplanentwurf " Westlich der Königsteiner Straße " im Ortsbezirk Rheingauviertel / Hollerborn; - Aufstellungsbeschluss -

Tagesordnung IV

1. **09-V-20-0086** **DL 44/09-1 NÖ**

Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2009

2. **09-V-20-0092** **DL 01/10-1 NÖ**

Bürgschaft

3. **10-V-20-0001** **DL 02/10-1 NÖ**

Bürgschaft

4. **09-V-36-0024** **DL 01/10-2 NÖ, 44/09-7**

Niederschrift nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates vom 29.10.2009

5. **09-V-80-2344** **DL 44/09-2 NÖ**

Verkauf eines Verwaltungsgebäudes

6. 09-V-80-2345

DL 01/10-3 NÖ

Abbruch eines Gebäudes

7. 09-V-80-2347

DL 01/10-4 NÖ

Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen

HINWEIS:

In der Pause (ca. 19.00 Uhr) findet ein Sektumtrunk anlässlich der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers statt.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher